

Unser beschlossenes Arbeitsprogramm

Die vollbesetzte Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 11. August faßte folgende Resolution und beschloß folgendes Tätigkeitsprogramm:

Vor fast 40 Jahren — im Sturm der Ereignisse beim Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg — haben entschlossene Männer die fortschrittliche Bürgerpartei gegründet.

Vaterlandsliebe, Fürstentreue und gesunder, zeitgemäßer Fortschritt waren die Leitgedanken der Gründer.

Diese Ideale der Gründer, getragen von christlicher Weltanschauung, fanden Ausdruck in der Devise der Partei «für Gott, Fürst und Vaterland».

Diese Grundsätze fanden ihren Niederschlag in der heute noch geltenden verfassungsmäßigen Ordnung, in welcher Monarchierechte und Volksrechte weise aufgewogen verteilt sind.

Vom Volke im Jahre 1928 zur verantwortlichen Regierungspartei berufen, konnte die Fortschrittliche Bürgerpartei die Verwirklichung ihres Programmes in die Wege leiten.

In nahezu dreißigjähriger Verantwortung als Mehrheitspartei haben die Mandatare der Fortschrittlichen Bürgerpartei Gründungsidee und Parteiprogramm hochgehalten und verwirklicht.

Die Frucht dieser jahrzehntelangen Arbeit ist der hohe Stand der Volkswohlfahrt, gesunde Staatsfinanzen, soziale Besserstellung der Stände und eine die Landesinteressen fördernde Außenpolitik.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei versichert Bürger und Volk, daß sie auch weiterhin die Partei eines gesunden Fortschrittes sein wird. Sie wird die wirtschaftliche Sicherung aller Volkskreise anstreben, auch unter Schaffung notwendiger Reserven.

In vorausschauender Planung richtet sie ihren Blick in die Zukunft und ist gewillt, nachfolgende als von ihr b e s o n d e r s erkannte Aufgaben zu erfüllen:

Zum Schutze unserer Familien:

Die Förderung des Baues von Eigenheimen unter Gewährung eines zusätzlichen zinslosen Darlehens seitens des Staates.

Die Bürgerpartei wird außerdem bestrebt sein, den heutigen Hypothekarzinssatz nach Möglichkeit zu halten.

Den Ausbauder Krankenversicherung durch gesetzliche Erhöhung der Versicherungsleistungen besonders für Familienväter und Mütter.

Erhöhung der AHV-Renten unter Gewährleistung des AHV-Fonds für die Zukunft.

Eine Revision unseres Steuergesetzes mit Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen der Lohnverdiener und zum Schutze unseres bürgerlichen Mittelstandes.

Die Einführung eines Gesetzes zum Schutze unserer Jugend.

Zur Gesunderhaltung der Berufsstände:

Erhöhung der staatlichen Stipendien für Lehrlinge und Studierende, aller selbständigen und unselbständigen Berufsgruppen, insbesondere des gewerblichen Nachwuchses und auch für auswärtige Schüler unserer Realschulen.

Förderung des Kreditwesens für Gewerbe und Han-

Die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule.

Gewährung von zinslosen Darlehen an ausbaufähige Landwirtschaftsbetriebe.

Vermehrter Schutz des landwirtschaftlichen Bodens und Förderung aller Maßnahmen, die dazu angetan sind, der Landwirtschaft eine solide Grundlage zu sichern.

Für die Sanierung der Gemeindehaushalte:

Schaffung eines Finanzausgleiches für die finanzschwachen Gemeinden.

Allgemeine Aufgaben:

Weiterer Ausbau des Real- und Volksschulwesens.

Vermehrte Unterstützung unserer Jugendbewegungen, auch jener Vereinigungen, die sich in den Dienst der körperlichen Ertüchtigung unserer Jugend stellen.

Die Schaffung einer kulturellen Stiftung zur Förderung von Kunst und Wissenschaft und aller kulturellen Vereinigungen unseres Landes.

Weiterer Ausbau der Wasserkräfte und Verbilligung des Strompreises.

Erprobt in der Vergangenheit - Bewährt in der Gegenwart - Garant für die Zukunft

"Das Tätigkeitsprogramm für die nächsten Jahre, das die Delegierten-Versammlung vom 11. August 1957 einstimmig beschlossen hat, ist wohl durchdacht, ist durchführbar. — Die Partei ist auch gewillt, es durchzuseizen. Bitte bewahrt das "Volksblatt" mit dem Programm auf und verfolgt dessen Durchführung."

Erklärung von Regierungschef Alexander Frick anlässlich der Parteitagung in Mauren, 24. Aug. 1957